

Beschluss

Dem Schleifen des Sozialstaats entschlossen entgegentreten, dem Kälte-Kanzler den Kampf ansagen!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 02.10.2025
Tagesordnungspunkt: 11 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Friedrich Merz und seine (C)DU haben den „Herbst der Reformen“ ausgerufen, denn
- 2 der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, sei mit dem, was wir
- 3 volkswirtschaftlich leisten, angeblich nicht mehr finanzierbar. Laut Millionär
- 4 und Kurzstreckenflieger Merz würden wir seit Jahren über unsere Verhältnisse
- 5 leben.
- 6 „Bullshit!“ sagte Bärbel Bas und wir sagen: „Richtig so!“ Der Sozialstaat ist
- 7 kein „nice-to-have“, keine Bonusleistung des Staates, sondern eine
- 8 verfassungsrechtlich gesicherte Pflicht des Staates und eine der größten
- 9 Errungenschaften unserer Gesellschaft. Die SPD und Generationen von Jusos
- 10 kämpfen dafür gemeinsam mit den Gewerkschaften seit Jahrzehnten. Wir sehen es
- 11 als unsere Aufgabe an, für den Erhalt und den Ausbau des Sozialstaats zu
- 12 streiten. Für uns ist klar: Was wir uns nicht leisten können, sind 249
- 13 Milliarden, die in Luxus leben, den wir alle erwirtschaftet haben. Wie sie
- 14 ruhig schlafen können und meinen, sie hätten ihren Wohlstand verdient, während
- 15 fast 3 Millionen Kinder in Deutschland in Armut aufwachsen, ist uns
- 16 unverständlich. Diese himmelschreiende Ungerechtigkeit werden wir niemals
- 17 akzeptieren.
- 18 Wir erleben zunehmend Angriffe auf unsere sozialen Sicherungen: Das Bürgergeld
- 19 soll weg, die Lebensarbeitszeit soll verlängert werden und die Rente sollen wir
- 20 am Besten nie durch die fortwährende Erhöhung des Eintrittsalters nie erreichen.
- 21 Kaum machen Meldungen über den hohen Krankenstand von Arbeitnehmer:innen in
- 22 Deutschland die Runde, wittern die Arbeitgeber:innen Morgenluft und fordern eine
- 23 Begrenzung der Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall. Arbeit und noch mal mehr
- 24 Arbeit gelten als Heilsbringer: Mehr Arbeit soll zu gesellschaftlichem Aufstieg
- 25 und wirtschaftlichem Wachstum führen. An der aktuellen wirtschaftlichen Flaute
- 26 seien wir alle schuld, weil wir schlichtweg zu wenig leisten würden. Ein Blick
- 27 auf die Zahlen allerdings zeigt, um bei Bärbel Bas zu bleiben: Das ist Bullshit!
- 28 In Deutschland wird so viel gearbeitet wie noch nie. Derzeit sind rund 46
- 29 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig - ein Höchststand seit der
- 30 Wiedervereinigung.
- 31 Und auch wenn Bärbel Bas den Vorschlägen des Kanzlers, den Sozialstaat zu
- 32 kürzen, zunächst eine Absage erteilt, kündigt sie eine weitere Nullrunde im
- 33 Bürgergeld und härtere Sanktionen für Bürgergeldempfänger:innen an. Damit gibt
- 34 sie Wasser auf die Mühlen der Reaktionären und Rechten, von AfD, CDU und FDP,
- 35 die fernab von Fakten immer wieder den Sozialneid schüren: Das Bürgergeld sei
- 36 viel zu hoch, würde Zuwanderung anlocken, Faulheit belohnen, Arbeit unattraktiv
- 37 machen. Angeblich würden die Kürzungen der Bezüge im Bürgergeld ein erhebliches

38 Sparpotenzial darstellen – ein Blick in den Haushalt dagegen zeigt: Die Ausgaben
39 für das Bürgergeld stellen lediglich sieben Prozent des Haushalts dar. Um es mit
40 Bärbel Bas' Worten zu sagen: Auch die Nullrunde im Bürgergeld ist schlichtweg:
41 Bullshit!

42 Anfang 2026 soll die „Neue Grundsicherung“ in Kraft treten, bei der die Rückkehr
43 zum „Vermittlungsvorrang“ im Fokus stehen soll. Erwerbslose sollen
44 schnellstmöglich wieder auf den Arbeitsmarkt zurückkehren, anstatt zielgerichtet
45 und nachhaltig weitergebildet und dann erst vermittelt zu werden. Die zu
46 befürchteten „Drehtüreffekte“ von kurzfristiger Beschäftigung und
47 darauffolgender Erwerbslosigkeit im Wechsel werden ausgeblendet, denn „auch
48 einfache Tätigkeiten können ein Sprungbrett sein“, so die Arbeitsministerin - in
49 der Realität sind sie es aber oft nicht. Denn sobald die „einfache Tätigkeit“
50 wegautomatisiert oder weggekürzt wird, steht die Person wieder vor dem Nichts.
51 Um den Vermittlungsvorrang durchzusetzen, sollen die Sanktionen drastisch
52 verschärft werden. Wer wiederholt „zumutbare Arbeit“ verweigert, soll das
53 Bürgergeld weitestgehend gestrichen bekommen. Ausgenommen davon sind nur die
54 Kosten für Unterkunft und Heizung. Das ist ebenfalls schlichtweg Bullshit, sogar
55 verfassungswidriger Bullshit! Denn dieser Ansatz steht im Widerspruch zu den vom
56 Bundesverfassungsgericht 2019 als verfassungswidrig verurteilten
57 Leistungskürzungen um mehr als 30 Prozent.

- 58 • **Die geplante „neue Grundsicherung“ lehnen wir entschieden ab.** Als Jusos
59 sagen wir klar: Wir wollen eine **sanktionsfreie Grundsicherung**, die allen
60 Menschen echte Sicherheit gibt, indem sie Armut zuverlässig verhindert.
61 Grundsicherung bedeutet für uns nicht bloß Existenzminimum, sondern ein
62 selbstbestimmtes Leben mit **gesellschaftlicher Teilhabe**.
- 63 • Statt der Wiederbelebung des Vermittlungsvorrangs fordern wir die
64 Bundesregierung dazu auf, die **nachhaltige Qualifizierung der**
65 **Leistungsbeziehenden und einen Umgang auf Augenhöhe in den Mittelpunkt der**
66 **Vermittlung** zu stellen, um eine reelle Chance auf eine Reintegration in
67 den Arbeitsmarkt zu gewährleisten anstatt eine Vermittlung um jeden Preis
68 zu forcieren.
- 69 • Wir fordern die Bundesregierung und insbesondere Vertreter:innen der SPD
70 in der Regierung sowie die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion dazu auf,
71 die **Einführung von Totalsanktionen zu verhindern** und diesen eine **klare**
72 **Absage** zu erteilen!
- 73 • **Wir fordern außerdem endlich die Einführung einer echten**
74 **Kindergrundsicherung!** Mit dem Scheitern der Ampel-Koalition scheiterten
75 auch die längst verabredeten Bestrebungen, eine Kindergrundsicherung zu
76 schaffen, die diesen Namen verdient. Wir fordern deswegen die SPD-
77 Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die Einführung einer
78 Kindergrundsicherung einzusetzen! Kinder müssen konsequent aus der
79 elterlichen Grundsicherung herausgelöst werden. Sie dürfen nicht länger
80 Teil der Bedarfsgemeinschaften sein. Kinder haben ein eigenes Recht auf
81 soziale Sicherheit, unabhängig von den Lebensumständen ihrer Eltern. Diese
82 Grundsicherung muss armutsfest sein, Teilhabe garantieren und allen
83 Kindern einen guten Start ermöglichen. Kinderarmut ist kein Zufall,
84 sondern das Ergebnis eines ungerechten Systems, das sozioökonomische
85 Ungleichheit von Generation zu Generation weitergibt. In einem der

reichsten Länder der Welt lebt jedes fünfte Kind in Armut. Wir sagen klar: Armut darf nicht vererbt werden. Es darf nicht länger sein, dass reiche Familien über Kinderfreibeträge privilegiert werden, während arme Kinder mit zu wenig abgespeist werden. Wir wollen die **Streichung der Kinderfreibeträge** und fordern stattdessen eine solidarische Finanzierung der Kindergrundsicherung. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Herkunft nicht über die eigene Zukunft entscheidet. Dafür ist die Einführung einer Kindergrundsicherung für uns der entscheidende Schritt.

80 Prozent der Menschen im Bürgergeld macht es Angst, wie Politiker:innen derzeit über sie sprechen. Nicht mal jede:r Zehnte von ihnen hat das Gefühl, Politiker:innen hätten ein realistisches Bild davon, wie es ihnen geht. In der Realität verzichten mehr als die Hälfte der Leistungsbeziehenden selbst auf Essen, um ihre Kinder besser ernähren zu können.

Die gesellschaftliche Debatte findet aber fernab von dieser Realität, dem täglichen Verzicht, der psychischen Belastung, der Angst und der Scham, der Stigmatisierung und den schlechten Erwerbsaussichten statt. Sie zielt stattdessen auf die sogenannten "Totalverweigerer" und Leistungsmissbrauch ab. Auch Bärbel Bas spricht von „mafiosen Strukturen“, die es zu „zerschlagen“ gelte. Dabei gibt es keine Datengrundlage, die den behaupteten organisierten Sozialleistungsbetrug als strukturelles Problem belegt. Der Anteil der sogenannten "Totalverweigerer" beläuft sich auf etwa 14.000 Menschen. Aktuell beziehen in Deutschland 5,5 Millionen Menschen Bürgergeld, darunter Kinder und Jugendliche, Kranke und Pflegende, Erziehende und Arbeitende, die durch das Bürgergeld ihren geringen Lohn aufstocken. Der Anteil der sogenannten "Totalverweigerer" ist mit 0,025 Prozent der Leistungsbeziehenden verschwindend gering. Aus einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung ging außerdem hervor, dass es im letzten Jahr etwa 421 Fälle von „bandenmäßigen Leistungsmissbrauch“ gab - das entspricht 0,008 Prozent der Leistungsbeziehenden. Anstatt das Märchen des Sozialbetrugs weiter zu befeuern, müssen wir das Augenmerk auf den tatsächlich stattfindenden systematischen Missbrauch unseres Systems richten: der Kampf gegen Steuervermeidungsstrategien von Vermögenden, die Bekämpfung der Cum-Ex-Geschäfte oder die leichte Vermeidbarkeit der Erbschaftsteuer sind gute Ausgangspunkte. Diese fehlgeleitete Debatte ist politisches und gesellschaftliches Gift. Sie schürt Misstrauen, versucht Kürzungen bis unter das Existenzminimum zu rechtfertigen und delegitimiert Menschengruppen und ist Ausdruck eines grundlegenden Systemversagens.

Alles für Alle, Alle für Alle!

Wir stellen uns entschieden gegen eine Gesellschaft, in der das Recht des Stärkeren gilt und jede:r gezwungen ist, nur für sich selbst zu kämpfen. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft, in der Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Die Starken dürfen aufgrund ihrer Privilegien oder aus Bequemlichkeit und Gewohnheit nicht noch weiter entlastet werden. Sie müssen mehr Verantwortung tragen und jenen zur Seite stehen, die Unterstützung brauchen.

Solidarität ist für uns kein leeres Wort, sondern der Kern eines gerechten Sozialstaats. Ein solcher Staat darf niemanden stigmatisieren, sondern muss allen auf Augenhöhe begegnen und verlässlich dafür sorgen, dass niemand in Armut, Ausgrenzung oder Existenzangst leben muss.

134 Wir wissen: Die Realität, in der wir leben, steht dem diametral entgegen. Das
135 kapitalistische System produziert systematisch Ungleichheit, grenzt Menschen aus
136 und spaltet unsere Gesellschaft immer tiefer. Unser Verständnis des Sozialstaats
137 ist deshalb mehr als nur ein Reparaturbetrieb - er ist ein Werkzeug, um mit den
138 ausbeuterischen Logiken des Kapitalismus zu brechen.

139 Ein echter Sozialstaat ist keine Option, sondern eine Garantie. Er muss allen
140 Menschen in jeder Lebenslage ein Leben in Würde und tatsächlicher Freiheit
141 sichern. Das heißt: nicht nur Risiken abfedern, sondern echte Chancen auf
142 selbstbestimmte Lebensgestaltung eröffnen. Selbst wenn man scheitert, darf das
143 nicht den Absturz ins Bodenlose bedeuten.

144 Darum gilt für uns Jusos: Ob Jobverlust, Krankheit oder jede andere Veränderung
145 des eigenen Lebens – niemand darf durchs Netz und unter das Existenzminimum
146 fallen. Ein Sozialstaat, der diesen Namen verdient, sorgt dafür, dass niemand
147 gezwungen ist, in Angst, Armut oder Abhängigkeit zu leben.

148 • Statt in den Chor der Angriffe der CDU auf den Sozialstaat und seiner
149 Leistungen mit einzusteigen, muss die **SPD den Sozialstaat und das System**
150 **der sozialen Sicherung verteidigen!** Kürzungen der öffentlichen
151 Daseinsvorsorge und Sozialabbau dürfen niemals die Antwort sein! Wir
152 fordern deswegen alle Mitglieder der Bundesregierung, der
153 Bundestagsfraktion und der SPD - Landtagsfraktionen dazu auf, sich an
154 dieser Scheindebatte nicht zu beteiligen, sondern eine faktenbasierte
155 Debatte zu führen. **Die SPD muss gegen die drohende Deregulierung, der**
156 **Schwächungen von Arbeitnehmer:innenrechten und Gewerkschaften eintreten!**

157 • **Wir müssen die Sozialversicherungen zu solidarischen Bürgerversicherungen**
158 **ausbauen!** Die jetzigen Sozialversicherungen sind ein Flickenteppich, der
159 soziale Ungleichheit zementiert: Wohlhabende kaufen sich mit privaten
160 Zusatzversicherungen aus der Solidarität frei, während prekär Beschäftigte
161 und Erwerbslose die Lasten des Systems schultern. Nur mit einer
162 solidarischen Bürgerversicherung, in die alle unabhängig von
163 Erwerbsstatus, Einkommen oder Lebenslage einzahlen und den gleichen
164 Anspruch auf Absicherung erhalten, können wir dieses Klassensystem
165 aufbrechen. Die Beitragsbemessungsgrenzen sind nichts anderes als ein
166 Schutzschild für Reiche und gehören abgeschafft. Wer mehr verdient, trägt
167 auch mehr Verantwortung. Unser Ziel ist ein System, das konsequent
168 solidarisch ist, das Privilegien der Besserverdienenden beseitigt und
169 soziale Sicherheit als gesellschaftliches Recht verankert - nicht als
170 Marktprodukt für die, die es sich leisten können.

171 • **Wir müssen die Arbeitslosenversicherung neu denken!** Arbeitslosigkeit ist
172 kein individuelles Versagen, sondern die direkte Folge eines
173 kapitalistischen Systems, das Menschen nach Profitlogik verwertet und
174 aussortiert. Wer in diesem System ohne Arbeit bleibt, wird stigmatisiert
175 und in die Armut gedrängt - genau das wollen wir beenden. Deshalb fordern
176 wir eine **Jobgarantie**. Wir fordern die gesetzliche Verankerung des Rechts,
177 jederzeit in Arbeit kommen zu können. Niemand darf mehr von der
178 Arbeitslosenversicherung in die Grundsicherung durchgereicht werden. Der
179 soziale Arbeitsmarkt und gezielte öffentliche Förderung müssen
180 sicherstellen, dass Erwerbstätigkeit verfügbar ist – nicht nur für die
181 „Verwertbaren“, sondern für alle.

- **Wir müssen die Rente endlich armutsfest machen!** Die neoliberale Rentenpolitik der letzten Jahrzehnte hat die Rente zu einem Spielball der Finanzmärkte gemacht: Beitragskürzungen, Privatisierung und das Auslagern von Verantwortung auf kapitalgedeckte Modelle. Das Ergebnis heißt Altersarmut. Damit muss Schluss sein. Eine solidarische Gesellschaft garantiert ein gutes Leben auch im Alter. Deswegen müssen wir das Rentenniveau bei mindestens 53 Prozent stabilisieren und konsequent an die Lohnentwicklung koppeln. Wer mehr verdient, muss endlich auch mehr beitragen: Die Beitragsbemessungsgrenzen sind Privilegien für Reiche und gehören abgeschafft. Gleichzeitig deckeln wir die maximal erreichbaren Entgeltpunkte und führen so eine **Maximalrente** ein, die Exzesse nach oben verhindert. Altersabsicherung ist kein Spielplatz für Luxus, sondern ein Schutz vor Armut. Versicherungsfremde Leistungen – Grundrente, Mütterrente und andere – müssen vollständig steuerfinanziert sein. Steuerzuschüsse sind für uns unverzichtbar, um die Rente armutsfest zu machen. Rentenpolitik darf nicht länger ein Instrument sozialer Spaltung sein. Deshalb müssen wir die gesetzliche Rentenversicherung zu einer echten Bürgerversicherung ausbauen: Selbstständige, Beamt:innen und alle Erwerbstätigen zahlen ein. So verbreitern wir die Basis, schaffen Gerechtigkeit und sichern das Solidaritätssystem. Gleichzeitig garantieren wir mit einer Mindestrente ohne Bedürftigkeitsprüfung, dass niemand im Alter ins Elend fällt – egal ob durch prekäre Beschäftigung, Befristungen oder Erwerbslücken. Altersarmut ist politisch gemacht – damit muss Schluss sein!
- Wir erkennen an, dass unser Sozialsystem Lücken aufweist, die es zu schließen gilt. Das System ist in seiner aktuellen Form nicht zukunftsfähig, um den großen bevorstehenden Transformationen, wie dem demographischen Wandel, trotzen zu können. Wir müssen auf diese Fragen soziale und gerechte Antworten finden, die nicht darin bestehen, dass Leistungsniveaus gekürzt werden. Insbesondere die Generationengerechtigkeit darf dabei nicht unbeachtet bleiben.

Wir Jusos sind überzeugt: Die Sozialdemokratie muss stets an der Seite der Schwächsten stehen. Unsere Partei ist aus dem Kampf um Augenhöhe zwischen Arbeiter:innen und Arbeitgebenden gewachsen, um Machtungleichheiten und Abhängigkeiten aufzubrechen, ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu ermöglichen und den kapitalistischen Verwertungslogiken den Kampf anzusagen. Unseren Grundwerten liegt ein humanistisches Weltbild zu Grunde, in dem der Mensch seinen Wert nicht erarbeiten muss, sondern ihn qua Geburt hat und ihn behält – egal, ob er dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht oder nicht. Weil wir der festen Überzeugung sind: der Wert eines Menschen darf niemals an Bedingungen geknüpft sein!

Das Treten nach unten nutzt nur den Rechten! Deswegen: her mit der Systemfrage!

Bürgergeldbeziehende werden zu Sündenböcke für die anhaltende Wirtschaftsflaute gemacht. Anstatt das Vermögen der Reichen anzufassen, wälzt die Bundesregierung die Verantwortung für die fehlenden Haushaltsmittel auf Erwerbslose ab. Dabei sind die Einsparungen beim Bürgergeld nicht nur aus ökonomischen und moralischen Gründen fragwürdig. Es werden vor allem zwei Gruppen fälschlicherweise gegeneinander ausgespielt: Arbeitnehmende und Erwerbslose. Durch die geplante stärkere Bestrafung von Erwerbslosigkeit und die zunehmende soziale Ächtung von

231 Betroffenen, werden konkrete Abstiegsängste geschürt, die die Abhängigkeiten der
232 Arbeitnehmenden zu Arbeitgebenden erhöhen, Jobverlustängste befeuern, Akzeptanz
233 von schlechten Arbeitsbedingungen erhöhen und so das Leben der Menschen
234 verschlechtern. Dagegen vermehren Reiche weiterhin unbekümmert ihr Geld. So darf
235 das nicht bleiben! Statt das Treten nach unten zu befeuern, muss die
236 Sozialdemokratie endlich die Systemfrage stellen! Es kann nicht sein, dass die
237 reichsten 10 Prozent den Großteil des privaten Vermögens besitzen, während 20%
238 der Bevölkerung kein oder sogar negatives Vermögen haben. In kaum einem anderen
239 europäischen Land sind die Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland.

240 Diese Ungleichheit hilft vor allem rechten Parteien zum Wahlerfolg, die SPD hat
241 hier eine Lücke gelassen, die es zu schließen gilt. Die SPD muss sich der
242 Aufgabe annehmen, die Verteilungsfrage und die Bekämpfung der Ungleichheiten in
243 unserem Land wieder zu ihrer Aufgabe zu machen. Weil es nie dringender war, die
244 Ungleichheit endlich zu bekämpfen. Die Erzählung, dass es für echte linke
245 Politik keine Mehrheit in der Gesellschaft gäbe, ist falsch. So nehmen viele der
246 "neuen" AfD-Wähler:innen in wirtschaftspolitischen Fragen linke Positionen ein,
247 fordern eine Verringerung der Ungleichheit und einen höheren Mindestlohn. Die
248 AfD mobilisiert erfolgreich mit Ängsten und sozialer Verunsicherung. Diese
249 beruhen vor allem auf der Erfahrung von Wohlstandsverlusten, wie zur Zeit der
250 sogenannten Wende oder etwa durch plötzliche hohe Inflation. Diese Ereignisse
251 haben Zukunftsängste real werden lassen und die Schwäche der sozialen
252 Sicherungssysteme offenbart. Insbesondere die Transformationsprozesse, wie der
253 sozial-ökologische Wandel, die Dekarbonisierung und die Digitalisierung, werden
254 als Bedrohung des eigenen Status quo verstanden. Transformationsängste sind
255 Brandbeschleuniger für die Stimmungsmache von rechtsaußen. Es ist deswegen
256 unsere Aufgabe als Jungsozialist:innen und Teil der Sozialdemokratie, einen
257 positiven demokratischen Zukunftsentwurf zu entwerfen, in dem die
258 sozioökonomische Absicherung insbesondere derjenigen, die vom Wandel des
259 Arbeitsmarktes betroffen sind, in den Mittelpunkt gestellt wird.

260 • Wir dürfen nicht länger nur über die Erhöhung der Erbschaftssteuern
261 sprechen, sondern müssen es endlich machen. Während jede achte Erbschaft
262 vermögenslos ist, geht die Hälfte des gesamten Erbschaftsvolumen an die
263 oberen zehn Prozent. Erbschaften verstärken die absolute Ungleichheit
264 enorm: Personen mit größerem kulturellem und ökonomischem Kapital haben
265 höhere Erbchancen und erhalten höhere Erbsummen. Ein ganz erheblicher
266 Unterschied zeichnet sich vor allem zwischen Ost- und Westdeutschland ab.
267 Mit 33 Prozent ist die Erbquote deutlich geringer als in Westdeutschland,
268 wo sie bei 49 Prozent liegt. Jetzt, wenn sogar Jens Spahn bestehenden
269 Vermögensungleichheiten in unserem Land und die Notwendigkeit der **Reform**
270 **der Erbschaftsteuer** erkannt hat, fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion
271 dazu auf, **schnellstmöglich einen entsprechenden Gesetzentwurf** in den
272 Bundestag einzubringen, bevor Jens Spahn links an der SPD vorbeizieht.

273 • **Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer!** Große Vermögen sind
274 kein privates Spielgeld, sondern gesellschaftlich geschaffene Reichtümer -
275 und sie müssen auch der Gesellschaft zugutekommen. Die Vermögenssteuer ist
276 für uns ein wichtiges Gerechtigkeitswerkzeug. Während Beschäftigte und
277 Erwerbslose jeden Euro versteuern, werden Milliardenvermögen unangetastet
278 gehortet. Damit muss Schluss sein: Dieser Reichtum muss endlich umverteilt
279 werden!

280 Klar ist: es besteht ein Haushaltsloch von etwa 30 Milliarden Euro im Haushalt
281 für 2027, das geschlossen werden muss. Dies wurzelt vor allem auf den höheren
282 Zinskosten der kriegsbedingten Staatsverschuldungen, etwa um der Corona-Pandemie
283 und der Energiekrise zu begegnen, sowie den steigenden Zinssätzen. Die
284 Zinskosten steigen bis 2029 um über 32 Milliarden Euro. Dazu kommt eine geplante
285 Schuldentilgung von 9 Milliarden Euro, insgesamt 41 Milliarden Euro. Das stellt
286 mehr als die Hälfte der Haushaltslücke von 74 Milliarden Euro in diesem Jahr
287 dar. Ein wesentlicher Teil der Haushaltslücke ergibt sich damit aus den Zins-
288 und Tilgungskosten der aufgenommenen Kredite. Dazu kommen die Ausgaben für
289 verteidigungspolitische und infrastrukturelle Sondervermögen. Das Problem liegt
290 also nicht in einem aufgeblasenen und überbordenden Sozialstaat, sondern
291 vielmehr in der Bewältigung der Krisen der letzten Jahre und der
292 Herausforderungen der Zukunft.

293 Vor diesem Hintergrund ist es keine Option diese Lasten durch Leistungskürzungen
294 bei der breiten Bevölkerung und insbesondere bei denjenigen Menschen, die
295 besonderes vom Sozialstaat abhängig sind, abzuladen, während Wohlhabende und
296 Einkommensstarke von diesen Maßnahmen nicht betroffen und durch die
297 Unternehmenssteuersenkung sogar entlastet werden.

- 298 • Deswegen fordern wir die **Erhebung eines Krisen-Solidaritätszuschlags zur**
299 **Einkommens- und Körperschaftssteuer für die reichsten zehn Prozent** unserer
300 Bevölkerung! Dieser könnte schnell und unbürokratisch erhoben und an sich
301 gegebenenfalls ändernde Bedarfe angepasst werden. Die Lasten der Krisen
302 unserer Zeit müssen solidarisch von den starken Schultern getragen werden,
303 anstatt die Kettensäge an den Sozialstaat anzulegen!
- 304 • Gerade in Zeiten der Krise haben viele Unternehmen ihre Profite massiv
305 gesteigert. Energie- und Rüstungskonzerne, aber auch zahlreiche andere
306 Branchen, haben die allgemeine Inflation genutzt, um Preise weit über das
307 Notwendige hinaus zu erhöhen und so ihre Gewinne auf Kosten der
308 Verbraucher:innen zu maximieren. Diese Gewinn-Preis-Spirale hat die
309 ohnehin steigenden Lebenshaltungskosten zusätzlich verschärft. Wir sagen
310 klar: Diese Bereicherung auf dem Rücken der ökonomisch Schwachen darf
311 nicht hingenommen werden. Übergewinne müssen abgeschöpft und zur
312 Finanzierung der Krisenkosten herangezogen werden. Unser Ziel ist eine
313 **effektive Übergewinnsteuer, die die krisenbedingten Extraprofit**
314 **abschöpft**. Wir begrüßen eine einheitliche europäische Lösung, die
315 rückwirkend für das Jahr 2022 gilt. Sollte diese jedoch unzureichend sein,
316 sei es durch fehlende Rückwirkung, die Auslassung bestimmter Branchen oder
317 eine zu geringe Höhe, muss sie durch eine konsequente bundesrechtliche
318 Regelung ergänzt werden. Darüber hinaus braucht es ein **verschärftes**
319 **Kartellrecht**, das es ermöglicht, Konzerne bei der Ausnutzung von
320 Marktmacht auch tatsächlich zu zerschlagen. Gewinne von
321 Kapitalgesellschaften müssen zusätzlich stärker und progressiv besteuert
322 werden. Denn in einer solidarischen Gesellschaft darf Profitgier nicht
323 belohnt werden, sondern muss demokratisch eingehegt werden.

Begründung

erfolgt mündlich.

Beschluss

Bring back 9-Euro-Ticket!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 02.10.2025
Tagesordnungspunkt: 11 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Was einst als 9-Euro-Ticket begann, ist inzwischen zu einem Deutschland-Ticket
- 2 mit immer weiter steigenden Preisen geworden. Nach dem Start mit 49 Euro kostet
- 3 das Ticket aktuell 58 Euro, ab Januar 2026 sollen es 63 Euro pro Monat sein.
- 4 Damit verstößt die Bundesregierung gegen ihr eigenes Ziel aus dem
- 5 Koalitionsvertrag, den Preis stabil zu halten und Erhöhungen frühestens ab 2029
- 6 vorzunehmen. Ab 2026 soll stattdessen eine Preiskommission die Höhe des Preises
- 7 des Tickets anhand der Entwicklungen von Lohn- oder Energiekosten festlegen.
- 8 Statt sozial gerechter Mobilität und einem echten Beitrag zur Verkehrswende
- 9 schafft die Koalition soziale Ausschlüsse: Wer sich Mobilität nicht leisten
- 10 kann, bleibt außen vor. Doch Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für
- 11 gesellschaftliche Teilhabe. Das Deutschland-Ticket ist nicht nur ein
- 12 Überbleibsel der Pandemie, sondern eine der wenigen echten Errungenschaften der
- 13 Ampel-Koalition, hin zur sozialverträglichen ökologischen Wende.
- 14 Die Realität ist: Schon der Anstieg von 49 auf 58 Euro hat zu rund 1 Million
- 15 weniger Abonnent:innen geführt. Weitere Preissteigerungen werden den Trend
- 16 verschärfen. Gleichzeitig belegen Zahlen: 13,5 Millionen Menschen nutzen das
- 17 Ticket - 62 % mehr als vor seiner Einführung. Mehr als ein Viertel der Fahrten
- 18 wären ohne das Ticket gar nicht oder mit dem Auto gemacht worden. Das Ticket
- 19 wirkt - aber nur, wenn es für alle erschwinglich bleibt.
- 20 Nur mit einem sozial gerechten ÖPNV ist die Verkehrswende möglich. Das
- 21 Deutschland-Ticket ist ein Hebel, um die Klimaziele zu erreichen, soziale
- 22 Teilhabe zu sichern und den Umstieg vom Auto auf den ÖPNV attraktiv zu machen.
- 23 Die stetige Preissteigerung gefährdet all das. Darum fordern wir: Bring back 9€
- 24 - Ticket! Für eine echte sozial-ökologische Verkehrswende!
- 25 Statt einer Preiskommission, die anhand von Energie- und Lohnkosten den Preis
- 26 weiter steigen lässt, braucht es eine Ticketgarantie. Damit das Deutschland-
- 27 Ticket nicht zum Privileg für Besserverdienende wird, muss es dauerhaft
- 28 bezahlbar und sozial ausgestaltet werden. Deswegen fordern wir die SPD-
- 29 Bundestagsfraktion und die Vertreter:innen der SPD im Bundesrat dazu auf, sich
- 30 gegen die Einführung der Preiskommission zu stellen. Anstatt die
- 31 Finanzierungslücke auf den Schultern der Abonnent:innen abzuladen und damit in
- 32 Kauf zu nehmen, dass diese ihr Abo kündigen, müssen die fehlenden
- 33 Finanzierungsmittel von denjenigen gestemmt werden, die von der erhöhten
- 34 Mobilität der Bürger:innen profitieren: die Arbeitgebende. Deswegen fordern wir
- 35 die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die Einführung einer Beteiligung

36 der Wirtschaft an der Finanzierung des Deutschland-Tickets nach französischem
37 Vorbild einzusetzen. Zusätzlich muss der Bundeszuschuss, der aktuell 1,5
38 Milliarden Euro beträgt, erhöht werden, um etwaige Finanzierungslücken zu
39 schließen.

40 Außerdem fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die
41 Verringerung des Preises des Deutschlands-Tickets auf 9 Euro einzusetzen.
42 Solange dies nicht erreicht ist, fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion dazu
43 auf, sich für ein vergünstigtes Abo-Modell des Deutschland-Tickets für alle
44 Menschen unter 28 Jahren einzusetzen. Langfristig muss das Ziel aber weiterhin
45 der kostenlose und ticketlose ÖPNV sein.

46 Gleichzeitig braucht es massive Investitionen in den Ausbau und die Qualität des
47 ÖPNV: Nur ein flächendeckendes, gut ausgebautes und verlässliches Angebot ist
48 ein echter Anreiz, das Auto stehenzulassen. Dafür muss auch das „Sondervermögen
49 für Infrastruktur und Klimaschutz“ genutzt werden.

Begründung

erfolgt mündlich.

Beschluss

Kein Fußbreit dem Faschismus - Rechte Netzwerke konsequent zerschlagen, Betroffene endlich schützen!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 07.10.2025
Tagesordnungspunkt: 11 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Im Mai 2025 kam es bundesweit zu Razzien gegen mehrere Jugendliche zwischen 14
- 2 und 18 Jahren - auch in Thüringen, etwa im Altenburger Land und im Ilmkreis. Den
- 3 Beschuldigten wird vorgeworfen, Teil des rechtsterroristischen Netzwerks „Die
- 4 letzte Verteidigungswelle“ zu sein und sich zu Brandanschlägen auf
- 5 Geflüchtetenunterkünfte und linken Einrichtungen verabredet zu haben. Sie
- 6 versuchten gar nicht, ihr Ziel zu verschleiern: das demokratische System der
- 7 Bundesrepublik zu stürzen. Mittlerweile fühlen sich Rechte so sicher, dass sie
- 8 glauben, die eigene Agenda nicht mehr verheimlichen zu müssen.
- 9 Doch bei bloßen Ankündigungen blieb es nicht: Am 05. Januar 2025 wurde in
- 10 Schmölln ein Anschlag auf die lokale Geflüchtetenunterkunft verübt. Steine
- 11 wurden durchs Fenster geschmissen, Wände mit rassistischen Parolen beschmiert
- 12 und Pyrotechnik gezündet, um das Gebäude in Brand zu stecken. Der Tod der
- 13 Bewohner:innen wurde nicht nur in Kauf genommen, sondern von Beginn an
- 14 einkalkuliert. Dass bei dem Übergriff lediglich eine Person verletzt wurde, ist
- 15 ausschließlich dem Zufall geschuldet. Es war nicht die erste Tat - die beiden
- 16 Beschuldigten sollen seit Jahren für Übergriffe verantwortlich sein. Das ist
- 17 kein „Ausrutscher“, und vor allem keine „Jugendsünde“, sondern beispielhaft für
- 18 ein bundes- und landesweites Muster: Ob in Schmölln, im Ilmkreis, in Suhl oder
- 19 Erfurt. Die Rechtsextremen trauen sich mehr denn je aus ihren Löchern, ihre
- 20 Ideologie gewinnt an Zulauf, rechtsextreme Übergriffe häufen sich und die
- 21 Täter:innen werden immer jünger - und vor allem gewaltbereiter.
- 22 Spätestens seit den rechtsextremen Belagerungen von CSD-Veranstaltungen im
- 23 letzten Sommer ist klar: Die Szene befindet sich in einem krassen Aufschwung.
- 24 Die abscheulichen Szenen des wütenden Mobs am Leipziger Hauptbahnhof haben sich
- 25 in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt. Ob „Deutsche Jugend Voran“, lokale
- 26 Ableger der Jungen Nationalisten, der Jugendorganisation der Partei „Die
- 27 Heimat“, ehemals „NPD“, wie etwa die „Gersche Jugend“ oder die „Elblandrevolte“
- 28 oder parteiungebundene Gruppierungen - die Szene ist stramm organisiert. Dabei
- 29 sprechen die Rechtsextremen gezielt Jugendliche mit ihrer Propaganda an. Laut
- 30 Verfassungsschutzbericht 2024 haben 25 % der Jugendlichen in Thüringen rechte
- 31 oder rechtsextreme Einstellungen. Das kommt nicht von ungefähr. Die Szene sucht
- 32 seit Jahren planvoll die Nähe zu Jugendlichen - online, im Sportverein, im
- 33 Jugendclub. Der einst totgesagte Sumpf der extremen Rechten umfasst in Thüringen
- 34 heute rund 3.300 Personen - und er wächst weiter.

35 Rechte Gewalt macht 54 % aller politisch motivierten Gewalttaten in Thüringen
36 aus. Im Schnitt gibt es vier rechtsmotivierte Angriffe pro Woche. Das sind
37 doppelt - ja doppelt - so viele wie im Vorjahr und ein Trend, dem wir uns
38 unentwegt entgegenstellen werden. Es darf nicht wieder zum Normalzustand werden,
39 dass rechtsextreme Schlägertrupps durch unsere Straßen ziehen! Die
40 Baseballschlägerjahre sind vorbei und es liegt an uns, dass das auch so bleibt.

41 Doch der Rechtsextremismus war nie weg, genauso wenig wie rassistische,
42 homophobe, queerfeindliche und antisemitische Gewalt. Im Gegensatz zu heute
43 haben Gesellschaft und Medienöffentlichkeit in der Vergangenheit lediglich
44 weggeschaut.

45 Es genügt eine andere Hautfarbe, ein politisches Statement auf der Kleidung oder
46 ein religiöses Symbol zu tragen, um ins Visier rechtsextremer Gewalttäter:innen
47 zu geraten. Menschen werden beleidigt, eingeschüchtert und angegriffen. BIPOC,
48 queere und linke Menschen fühlen sich in Thüringen schon lange nicht mehr
49 sicher. Die Gewalt ist enthemmt, findet am helllichten Tage auf offener Straße
50 statt - und das Thüringer Innenministerium schaut zu. Zivilgesellschaftliche
51 Organisationen warnen seit Jahren vor der wachsenden rechten Bedrohung, der
52 Vernetzung der Szene und ihrer immer besseren Finanzierung.

53 Die strukturierte Aufbauarbeit der rechten Szene in den vergangenen Jahren trägt
54 Früchte, die Szene wächst stetig weiter und erlangt vermehrt öffentliche
55 Aufmerksamkeit. Die Behörden stehen dem unvorbereitet gegenüber. Jahrelang haben
56 es das Innenministerium in Thüringen, das Bundesinnenministerium und auch die
57 Bundesregierungen verschlafen, das Problem anzugehen. Viel schlimmer noch, sie
58 haben das Problem totgeschwiegen. Das ist nicht nur eine sicherheitspolitische
59 Bankrotterklärung, sondern auch ein Offenbarungseid des eigenen politischen
60 Versagens.

61 Neben der tagtäglichen Bedrohungslage für Leib und Leben stellt die
62 rechtsextreme Gewalt noch eine weitere nicht zu unterschätzende Gefahr dar,
63 nämlich für unser aller politisches Engagement - und damit schlussendlich auch
64 für unsere Demokratie. Wenn Menschen sich zweimal überlegen, ob sie den linken
65 Jutebeutel tragen, den Button am Rucksack oder den Sticker am Laptop zeigen,
66 oder „linke“ Erkennungszeichen im Bus oder der Straßenbahn lieber verdecken, ist
67 das keine „private Sicherheitsmaßnahme“. Es ist der Beweis, dass der Staat
68 seinen verfassungsrechtlich garantierten Schutzpflichten nicht nachkommt! Es
69 darf nicht weiter geschwiegen, verharmlost und weggeschaut werden. Es wird
70 allerhöchste Zeit, dass der Staat seinen Aufgaben endlich konsequent nachkommt:
71 die rechte Gefahr erkennt, benennt und handelt!

72 Die Landeskonzferenz der Jusos Thüringen möge daher beschließen:

73 1. Zivilgesellschaftliche Demokratieförderung dauerhaft absichern

74 Zivilgesellschaftliche Träger sind Schlüsselakteure im Kampf gegen Rechts. MoBiT
75 und viele vor allem auch lokale Initiativen sorgen für Prävention, Beratung und
76 Schutz demokratischer Räume, werden aber oft nur projektfinanziert. Es ist ein
77 Skandal, dass die Initiativen, die seit Jahren vor den Gefahren von rechts
78 warnen und Betroffene schützen, jedes Jahr aufs neue um ihre Existenz bangen und
79 für ihre weitere Förderung kämpfen müssen. Wir fordern die Landesregierung
80 deswegen dazu auf, die sofortige und dauerhafte Absicherung der Förderprogramme
81 für Initiativen gegen Rechtsextremismus und die Neue Rechte zu gewährleisten und
82 dies verbindlich in den kommenden Haushalten zu verankern. Wir fordern außerdem

83 die Bundesregierung dazu auf, endlich ein Demokratieförderungsgesetz vorzulegen,
84 das die stabile Finanzierung demokratischer Bildungs- und Präventionsarbeit
85 sicherstellt. Demokratie kostet, aber das sollte sie uns wert sein!

86 **2. Mobile Beratung und niedrigschwellige Hilfsangebote ausbauen und** 87 **finanzieren**

88 Insbesondere im ländlichen Raum breiten sich die Rechtsextremen aus und haben
89 teilweise schon die Oberhand in einzelnen Ortschaften und Nachbarschaften
90 gewonnen. Dort fühlen sie sich sicher, unbeobachtet und können den herrschenden
91 Frust über bestehende Missstände für ihre Propaganda und Mobilisierung nutzen.
92 In diesen Orten sind insbesondere die mobilen Beratungsstellen die erste
93 Anlaufstellen für Betroffene, für konkrete Hilfe. Beratungsstellen können
94 außerdem dabei helfen, die rechte Durchdringung von Jugendkulturen zu erkennen
95 und pädagogisch zu intervenieren. Wir fordern eine flächendeckende und
96 langfristige Finanzierung durch eine feste Landesförderung, damit nicht nur die
97 Städteketten, sondern auch die ländlichen Regionen die mobilen Beratungen rund um
98 die Uhr an jedem Ort in Thüringen in Anspruch nehmen können.

99 **3. Systematische Demokratieförderung in Schule und Jugendarbeit**

100 Gute Demokratiebildung und Antidiskriminierungsarbeit schützen vor
101 Rechtsradikalisierung. Wir fordern die Landesregierung - insbesondere das
102 Bildungsministerium - dazu auf, verbindliche Demokratieförderung und
103 Antidiskriminierungsarbeit im Lehrplan zu verankern, entsprechende Lehrkonzepte,
104 Fortbildungen und Materialien für Lehrkräfte bereitzustellen sowie die
105 Zusammenarbeit mit außerschulischen Trägern der Demokratieförderung im
106 umfassenden Umfang zu finanzieren. Dabei ist wichtig, dass Demokratie auch
107 erlebbar ist und nicht nur theoretisch vermittelt wird.

108 **4. Gegenstrategien gegen Radikalisierung im digitalen Raum entwickeln**

109 Digitale Räume sind Rekrutierungsorte. Die Neue Rechte nutzt sehr gezielt virale
110 Formate und Plattform-Algorithmen. Wir fordern landesweite Programmen zur
111 digitalen Medienbildung in Schulen und Jugendeinrichtungen - inklusive
112 spezialisierter Angebote zur Erkennung und zum Debunking neurechter Narrative
113 und Verschwörungsmythen. Einem pauschalen Social-Media-Verbot für unter 16-
114 Jährige erteilen wir eine klare Absage. Statt Verboten braucht es Aufklärung und
115 Bildung - auch in der Erwachsenenbildung, weil Desinformation alle Altersgruppen
116 trifft. Außerdem dürfen die Plattformbetreiber nicht aus der Verantwortung
117 gelassen werden: rechte Hetze, HateSpeech und Desinformation müssen konsequent
118 gelöscht werden, Profile von Akteuren der rechtsextremen Szene dürfen keine
119 Accounts auf den entsprechenden Plattformen haben.

120 **5. Monitoring ausbauen und länderspezifische Lagebilder erstellen**

121 Wer wegschaut, kann das Problem nicht erkennen. Um endlich ein klares Bild der
122 Szene, ihrer Ansätze und Akteure zu gewinnen und entsprechend handeln zu können,
123 fordern wir die Förderung unabhängiger Forschung zu Strategien der Neuen
124 Rechten. Die anhaltende Ignoranz schützt die Szene, wir müssen endlich wissen,
125 was passiert.

126 **6. Rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgen**

127 Wenn Nazis keine Strafe zu befürchten haben, gibt es keinen Grund für sie zu
128 stoppen. Es braucht endlich konsequente Strafverfolgung. Deswegen fordern wir
129 mehr Personal bei Polizei und Justiz, um die zügigen Verfolgung von
130 Hasskriminalität und rechten Delikten sicherstellen zu können sowie
131 verpflichtende Fortbildungen für Richter:innen, Staatsanwält:innen und Polizei
132 zu rechter Ideologie, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, digitaler Hetze
133 und deren Erkennungszeichen. Wir fordern Schwerpunktstaatsanwaltschaften gegen
134 Hasskriminalität und rechte Netzwerke, fokussiert auf rechtsmotivierte Delikte.

135 **7. Opferschutz und Opferberatung stärken; Opferschutzbeauftragte:n einführen**

136 Beratungsstellen für Betroffene werden kaputt gespart, die psychosoziale
137 Beratung schrittweise von einem sowieso nur geringen Niveau weiter
138 zurückgeschraubt. Dabei sind Einrichtung wie elly, die Beratungsstelle gegen
139 Hatespeech, essenziell, um Betroffene rechter, rassistischer oder
140 antisemitischer Gewalt emotional, psychosozial, praktisch zu begleiten. Wir
141 fordern deswegen den Ausbau staatlich finanzierter Opferberatungsstellen und
142 deren umfassende Finanzierung. Betroffene rechte Gewalt dürfen nicht alleine
143 gelassen werden. Wir schließen uns der Forderung von ezra nach Einführung eines
144 Opferschutzbeauftragten in Thüringen (angesiedelt an der Staatskanzlei) an. Die
145 SPD-Bundestagsfraktion soll sich für einen bundesweiten Rechtsanspruch auf
146 psychosoziale Prozessbegleitung für Opfer rechter Gewalt einsetzen. Es darf
147 nicht mehr bei leeren Worten des Mitleids bleiben, es müssen endlich Taten
148 folgen.

149 **8. Rechtsstaatliche Resilienz erhöhen**

150 Rechtsextreme Netzwerke in Sicherheitsbehörden sind reale Gefahr. Nicht nur
151 einmal wurden sie aufgedeckt. Aber statt nachhaltiger Konsequenzen oder
152 Veränderungen im System, um solche zukünftig zu verhindern, wurden die Skandale
153 totgeschwiegen, ausgesessen und nach dem Aufschrei der Öffentlichkeit
154 weitergemacht wie bisher. Damit muss endlich Schluss sein. Eine Demokratie kann
155 keine Faschist:innen in Uniform dulden. Denn damit beschleunigt sie ihren
156 Verfall. Wir fordern deswegen die unabhängige Beobachtung von Polizei und
157 Sicherheitsbehörden hinsichtlich rechter Netzwerke und rassistischer Vorfälle
158 und bekräftigen unsere Forderung nach einer unabhängigen Behörde, die Missstände
159 in der Polizei verfolgt und aufklärt. Es braucht Transparenzpflichten für
160 Sicherheitsbehörden bei der Aufdeckung von rechten Strukturen, um die schnelle
161 und konsequente Entfernung Betroffener aus dem Dienst sowie zügige, unabhängige
162 Ermittlungen sicherzustellen.

163 **9. Keine Feuerkraft für Faschos**

164 Wir dürfen es nicht länger hinnehmen, dass Rechtsextreme im Besitz von
165 Waffenscheinen und Waffen sind. Ihnen muss konsequent die Berechtigung zur
166 Nutzung und des Besitzes von Waffen entzogen werden. Das Landesinnenministerium
167 fordern wir deswegen dazu auf, bei seiner harten Linie zu bleiben und die
168 Verwaltungen dazu anzuweisen, diese Linie konsequent umzusetzen. Außerdem
169 fordern wir das Bundesinnenministerium dazu auf, schnellstmöglich eine
170 bundesweite Regelung zu schaffen, die es ermöglicht, Rechtsextreme konsequent zu
171 entwaffnen. Es darf nicht länger mit der Beschlagnahmung aller Waffen im
172 rechtsextremen Milieu gewartet werden. Das nächste Opfer ist sonst nur eine
173 Frage der Zeit.

Begründung

erfolgt mündlich.

Beschluss

Ohne Jusos keine SPD - Repräsentation, Mitsprache und Kampagnenfähigkeit sichern

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 08.10.2025
Tagesordnungspunkt: 11 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Landeskonzferenz der Jusos Thüringen beschließt folgenden Antrag zur
- 2 Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Thüringen:
- 3 Die Jusos sind unstrittig inhaltlicher und operativer Motor der SPD. Wir
- 4 beteiligen uns mit Themen und Inhalten, sind unermüdlich auf Demos, an
- 5 Briefkästen und Infoständen anzutreffen und leisten Außerordentliches für die
- 6 SPD Thüringen.
- 7 Darüber hinaus gestalten wir Prozesse in der SPD mit, stehen an der Seite der
- 8 SPD in kritischer Solidarität.
- 9 Nach den letzten Wahlflauten muss die SPD Thüringen mehrere Probleme
- 10 gleichzeitig lösen. Einerseits mit weniger Ressourcen verantwortungsvoll und
- 11 sinnhaft arbeiten, andererseits muss die Kampagnenfähigkeit erhalten oder in
- 12 Teilen auch grundlegend wieder aufgebaut werden.
- 13 Als unverzichtbarer Bestandteil der Partei und größte AG mit starker
- 14 Kampagnenfähigkeit fordern wir deshalb:
- 15 Auf allen Wahllisten soll einer der sicheren Listenplätze auf jeder Ebene mit
- 16 einer Juso-Kandidatur besetzt werden. Darüber hinaus fordern wir, dass Jusos
- 17 auch auf den weiteren Listenplätzen regelmäßig vertreten sind. Mindestens jeder
- 18 fünfte Platz soll mit einem Juso besetzt werden, damit Jusos auf Listen auch
- 19 annähernd ihrem Anteil an der Parteimitgliedschaft entsprechend vertreten sind.
- 20 Dies trägt dazu bei, das Engagement und den Einsatz der Jusos angemessen zu
- 21 würdigen und jungen Stimmen in unserer Partei echte Chancen zu eröffnen, die
- 22 Politik der SPD in Entscheidungspositionen aktiv mitzugestalten. Gleichzeitig
- 23 stellen wir mit einer solchen Regelung sicher, dass sich junge Menschen von der
- 24 SPD vertreten fühlen. Bei der letzten Landtagswahl stellten die unter 30-
- 25 Jährigen mit 9 Prozent die größte Wählergruppe der SPD, ein Ergebnis, das
- 26 keineswegs selbstverständlich ist. Um diese Unterstützung zu sichern und
- 27 auszubauen, braucht es daher Jusos auf aussichtsreichen Listenplätzen: bei
- 28 Landtagswahlen unter den ersten fünf, bei Kommunalwahlen unter den ersten drei
- 29 Plätzen.
- 30 Selbstverständlich obliegt die Benennung der Kandidaturen aus ihren Reihen im
- 31 Rahmen des Prinzips der Selbstvertretung jeweils den Verbänden und Organen der
- 32 Jusos.
- 33 In Bezug auf die Parteiinterne demokratische Abstimmung fordern wir mehr
- 34 Mitsprachemöglichkeiten in Kreisverbänden und im SPD Landesverband, deswegen

35 fordern wir eine Selbstverpflichtung der Partei, Jusos auch bei den Kandidaturen
36 auf Delegiertenlisten und bei der Wahl von Kreis- und Stadtvorständen zu
37 unterstützen. Wir Jusos machen über ein Viertel der Mitglieder dieser Partei
38 aus, diese Realität sollte auch in den einzelnen Delegationen der einzelnen SPD-
39 Kreisverbände sichtbar zu Tage treten.

Beschluss

Daseinsvorsorge vor dem Aus? Nicht mit uns! Thüringer Bäderlandschaft erhalten!

Gremium: Jusos Altenburger Land, Jusos Gera, Jusos Greiz

Beschlussdatum: 09.10.2025

Tagesordnungspunkt: 11 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Jusos Thüringen zeigen sich über den vorgelegten Doppelhaushaltsentwurf der
2 Thüringer Finanzministerin Katja Wolf (BSW) entrüstet. Das Einstellen von einem
3 Bädertransformationsfonds, in der Höhe von einer Million Euro, verkennet im
4 erheblichen Maße die prekäre Situation der Thüringer Bäderlandschaft und
5 verspricht nicht die im Koalitionsvertrag versprochene Unterstützung kommunaler
6 Thüringer Hallenbäder.

7 Die Jusos Thüringen fordern daher mit Nachdruck, die Thüringer Landesregierung,
8 insbesondere die SPD-Minister:innen, sowie die demokratischen Fraktionen des
9 Thüringer Landtages, ausdrücklich die SPD-Fraktion dazu auf, sich der
10 Forderungen des Aktionsbündnis „Thüringer Bäder in Not“ aus ihrer Resolution zu
11 bedienen, um die fast 40 kommunalen Hallenbäder zu sichern. Diese Forderungen
12 umfassen unter anderem:

- 13 • Die Einstellung von 30 Millionen Euro jährlich für die Bäderfinanzierung
14 und Unterstützung der Kommunen bei den laufenden Betriebskosten im
15 Haushalt,
- 16 • Die umfassende Sicherung der bestehenden Infrastruktur,
- 17 • Die klare Verantwortungszuteilung und Festlegung einer Ansprechperson in
18 der Landesregierung,
- 19 • Die Fertigstellung der „Thüringer Bäderkonzeption 2040“;

20 Gerade die Koalitionspartnerin CDU läuft Gefahr, durch widersprüchliche
21 Aussagen, den Demokratiefeind:innen noch mehr Nährboden zu geben. Wir als Jusos
22 wollen dies nicht hinnehmen. Die Sicherstellung der Finanzierung der Thüringer
23 Bäder ist ein Alltagsproblem der Menschen, welches es jetzt zu lösen gilt. Ein
24 vorgeschlagener kurzfristiger Härtefallfond und Wirtschaftskonzepte lösen diese
25 Probleme nicht, sondern nur die Perspektive auf dauerhafte Unterstützung des
26 Landes.

Begründung

Bäder sind ein essenzieller Teil der Daseinsvorsorge. Sie sichern Lebensqualität, sind Begegnungsstätte und sorgen für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Als weicher Standortfaktor sind sie wichtig, um auch im ländlichen Raum Familien anzusiedeln, die Wirtschaft zu stärken und Naherholung zu schaffen. Ganze Generationen an Thüringer Kindern lernen in ihnen das Schwimmen – das sind bis zu 40.000 pro Jahr. Auch insgesamt werden jährlich rund 10 Millionen Besucher:innen gezählt, was bedeutet, dass jede:r Thüringer:in rund fünfmal pro Jahr die heimische Bäderinfrastruktur nutzt. Neben dem essenziellen Schulschwimmen hat sich auch eine breite Vereinsstruktur in den Bädern gebildet, sie dienen zudem der Aus- und Weiterbildung der Rettungsorgane. Nicht abschließend werden die Bäder außerdem von Selbsthilfegruppen, Rehagruppen, Wassergymnastik und vielen weiteren zur gesundheitlichen Für- und Vorsorge genutzt.

Doch durch steigende Energie- und Personalkosten, Sanierungsstau und laufende Betriebskosten sind die, finanziell eh schon stark belasteten, Kommunen an einem kritischen Punkt angelangt, was viele Bäder in existenzielle Not bringt. Als Lehrbeispiel dient das Bad Waikiki in Zeulenroda: Einst eine schimmernde Badelandschaft, die eine Naherholungsalternative darstellte, nun eine trostlose Betonwüste am Eingang der Stadt. Auch weiteren Bädern droht nun dieses Schicksal unmittelbar. Bäder sind seit jeher eine Zuschusseinrichtung und können keine Gewinne erwirtschaften, um sich selbst zu tragen. Daher bedarf es, wie in der Theaterstruktur, der Unterstützung bei den anfallenden Betriebskosten. Der Freistaat hat sich hier richtigerweise dazu bekannt, zu unterstützen und stellt rund 100 Mio. Euro für die 12 Thüringer Theater bereit. Diesen Finanzierungsmechanismus muss es aber auch für weitere Zuschussgeschäfte der Daseinsvorsorge, namentlich den Thüringer Bädern, geben. Zu ihrem Erhalt bedarf die vielschichtige Bäderlandschaft daher, notwendigerweise, finanzielle Unterstützung des Landes, um den Herausforderungen der Zeit gerecht zu werden.

Beschluss

Haushalt für alle! – SPD muss auf Nachbesserungen drängen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 11.10.2025
Tagesordnungspunkt: 11 Antragsberatung

Antragstext

1 Haushaltsverhandlungen bedeuten, dass tausende und sogar Millionen von Euro von
2 einem Haushaltsposten zum anderen geschoben werden. Was sich an vielen Stellen
3 sehr trocken anhört, ist die weitreichendste politische Entscheidung, die der
4 Thüringer Landtag in diesem Jahr treffen wird. Denn der Ausgang der
5 Verhandlungen für den Doppelhaushalt für die Jahre 2026 und 2027 hat konkrete
6 Folgen weit über diese zwei Jahre hinaus. Er gibt die politische Richtung der
7 Brombeer-Koalition in den kommenden Jahren vor und offenbart die politischen
8 Prioritäten. Als Jusos können wir uns nicht darauf ausruhen, Kürzungen zu
9 verhindern. Bei steigender Inflation und Tarifierung bedeutet die fehlende
10 Erhöhung von Haushaltsmitteln in einem bestimmten Bereich insbesondere bei der
11 Förderung von Personalkosten wie im Jugend- und Sozialbereich in Wirklichkeit
12 eine Kürzung der realen Leistungen und Mittel. Die geplante sogenannte "globale
13 Minderausgabe" entfaltet zudem eine verheerende Wirkung: 210 Millionen Euro
14 sollen am Jahresende im Haushalt eingespart werden, aber der
15 Haushaltsgesetzgeber sagt nicht wo. Das ist nicht nur unseriös und politisch
16 feige, es bedeutet auch eine erhebliche Unsicherheit für Fördermittel. Ob diese
17 tatsächlich durch das jeweilige Ministerium bewilligt werden oder nicht, ist
18 dann trotz Beschluss des Haushalts weiter unklar. Die notwendige
19 Planungssicherheit für Vereine und Verbände sieht anders aus!

20 **Geld in die Kommunen, aber richtig!**

21 Wir lehnen in der derzeitigen Form das geplante kreditfinanzierte
22 Investitionsprogramm über 1 Mrd. Euro das Kommunal-Invest-Programm für alle
23 Thüringer Gemeinden ab. Teilweise reden wir hier für Klein- und Kleinstgemeinden
24 von maximal 20 Tsd. Euro. Damit wird praktisch keine Investition in die Zukunft
25 möglich sein, hier wird Geld eher verbrannt. Mit solch kleinen Beträgen lassen
26 sich vor Ort keine sinnvollen Projekte realisieren. Es handelt sich lediglich um
27 Symbolpolitik. Hier wäre es sinnvoller, über einen Fonds umfassende
28 Zukunftsprojekte zu finanzieren. Stattdessen wird das Geld so kleinteilig
29 aufgeteilt, dass zwar jeder etwas vom Kuchen abbekommt, aber trotzdem niemand
30 satt wird. Dafür sind die Stücke schlichtweg zu klein.

31 Wir Jusos Thüringen halten diese Entscheidung für verfehlte Haushaltspolitik.
32 Nicht, weil wir nicht jeder Gemeinde mehr finanzielle Spielräume gönnen und
33 wünschen, sondern weil es sich hierbei nicht um eine zielgerichtete, nachhaltige
34 und damit sinnvolle Aufnahme von Schulden handelt. Wenn diese Entscheidung durch
35 den Thüringer Landtag getroffen wird, wird dies die finanziellen Möglichkeiten
36 der Landesregierung in den kommenden Jahrzehnten massiv einschränken und unter

37 anderem die Debatten über Kürzungen im sozialen Bereich weiter anheizen. Als
38 Jusos Thüringen begrüßen wir grundsätzlich Investitionen und insbesondere auch
39 die Aufnahme von dafür benötigten Schulden, um die notwendigen, zielgerichteten
40 und sinnvollen Maßnahmen umsetzen zu können. Diese durch die Landesregierung im
41 Haushaltsentwurf veranschlagte Aufteilung der Investitionsmittel und die dafür
42 benötigte Verwendung von Mitteln halten wir für unseriös und lehnen sie daher
43 ab.

44 **Keine Kürzungen bei Präventions- und Beratungsarbeit!**

45 „Ein Haushalt, der in die Zukunft investiert“ - damit bewirbt Mario Voigt den
46 aktuellen Haushaltsentwurf. In der Zukunft, in der Mario Voigt lebt, scheinen
47 Förderprojekte zur Erhöhung der gesellschaftlichen Akzeptanz von LSBTIQ* und
48 Antidiskriminierungsarbeit keinen besonderen Stellenwert mehr zu haben. So sieht
49 der Entwurf in diesen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen - von einem sowieso
50 schon nicht ausreichenden Niveau - immense Kürzungen von 180.000 Euro in 2026
51 und weitere Kürzungen vor. Damit stehen wichtige Projekte vor ihrem finanziellen
52 Ende, Aufklärungs- und Bildungsarbeit werden verhindert, Schutzräume geschwächt
53 und Beratungsstrukturen, wie etwa *elly*, die Beratungsstelle gegen HateSpeech,
54 der eine Kürzung um 85.000 Euro droht, destabilisiert und die gesellschaftliche
55 Vielfalt zum haushaltspolitischen Spielball gemacht.

56 Die Brombeer-Regierung sendet unterschiedliche politische Signale, so auch an
57 dieser Stelle. So sollen die Mittel für *elly* 2027 wieder um 76 Tsd. Euro
58 ansteigen. Damit liegt man noch nicht wieder beim derzeitigen Stand. Eine
59 politische Lenkungswirkung lässt sich durch dieses Kürzen und dann wieder
60 Erhöhen des Budgets unserer Meinung nach nicht erkennen, vielmehr wirken die
61 Zahlen gewürfelt.

62 Wir fordern, dass die Mittel für die Beratungsstelle *elly* im Doppelhaushalt auf
63 dem derzeitigen Stand inklusive Inflationsbereinigung gesetzt werden. Solange
64 politische Entscheidungsträger es nicht schaffen, wirksame Regelungen zur
65 Verhinderung von Hatespeech im Netz zu implementieren, ist es unsere Aufgabe,
66 die Betroffenen zumindest zu unterstützen. Dafür sind ausreichend finanzielle
67 Mittel unerlässlich. Es kann nicht sein, dass eine Schutzpflicht weggespart
68 wird!

69 Wir sagen deutlich: An diesen wichtigen Unterstützungsstrukturen darf nicht
70 gekürzt werden. Förderung von zivilgesellschaftlicher Vielfalt und Engagement
71 darf nicht eingestellt werden. Es wäre ein fatales Signal. Für uns als Jusos ist
72 klar: Demokratie ist kein Luxus, sondern öffentliche Daseinsvorsorge für eine
73 freie Gesellschaft. Deswegen fordern wir die Rücknahme der Kürzungen und die
74 Verstetigung auf das Niveau des Vorjahres zuzüglich eines angemessenen
75 Inflationsausgleichs, damit Beratungsangebote, Koordinierungsstellen und die
76 demokratiefördernde Infrastruktur zuverlässig arbeiten können.

77 **Gegen das Zwei-Klassen-Bildungssystem!**

78 Die Landesregierung kümmert sich - jedenfalls laut der Haushaltszahlen - lieber
79 um Privatschulen als um die öffentlichen Schulen, für die sie direkte
80 Verantwortlichkeiten trägt. Es kann nicht sein, dass die Schulen in freier
81 Trägerschaft jedes Jahr mit dreistelligen Millionenbeträgen vom Land bezuschusst
82 werden, während dringend benötigte Investitionen in den öffentlichen Schulen auf
83 sich warten lassen. Darüber hinaus plant die Landesregierung eine weitere
84 Erhöhung der Zuschüsse um 26 Mio. Euro im kommenden Jahr und weitere 9 Mio. Euro

85 in 2027. Hier werden weitere Anreize für ein Zwei-Klassen-Bildungssystem
86 geschaffen, welches wir grundsätzlich ablehnen. Freie Schulen dürfen nicht
87 besser gestellt werden als öffentliche Schulen. Steuergelder müssen für mehr
88 Investitionen in die beste öffentliche Bildung eingesetzt werden. Wir erwarten
89 hier eine deutliche Korrektur durch die SPD-Fraktion in den kommenden
90 Haushaltsverhandlungen.

91 Stattdessen braucht es Mittel für die Schaffung und Ausfinanzierung eines
92 Kindergartentransformationsfonds.

93 **Keine Kürzungen bei Arbeit und Jugend!**

94 Außerdem wird das Landesprogramm „Arbeit für Thüringen“ um 3 Mio. Euro, also
95 nahezu 30 % eingekürzt. Das halten wir bei einer schwierigen
96 Arbeitsmarktsituation für schlichtweg unverantwortlich. Wir erwarten, dass die
97 SPD hier ihrer Selbstbeschreibung als Partei der Arbeit gerecht wird und sich
98 mindestens für einen Erhalt der Finanzmittel in der jetzigen Höhe einsetzt.

99 Wir erwarten außerdem echte finanzielle Unterstützung zum Erhalt von Strukturen
100 im ländlichen Raum und die finanzielle Unterstützung von jungen Menschen. Wir
101 nehmen es nicht mehr länger hin, dass Jungsein und sich in der Ausbildung
102 befinden ein Armutsrisiko ist. Deswegen müssen jetzt die finanziellen Mittel
103 eingestellt werden, um unter Beteiligung der Betriebe ein Azubi-Ticket für
104 Thüringen einzuführen.

105 In Thüringen ist die Zahl der jungen Menschen ohne Schulabschluss besonders
106 hoch. Die CDU sagt immer wieder, dass sie hier Verbesserungen erzielen will.
107 Eine Maßnahme dafür wäre, die Schulsozialarbeit in Thüringen zu stärken. Der
108 vorgelegte Haushalt sieht hier jedoch sogar eine Kürzung vor. Hierbei handelt es
109 sich zwar praktisch „nur“ um eine Kürzung um 400 Tsd. Euro, wenn man jedoch die
110 regulären Lohnsteigerungen berücksichtigt, ist diese Kürzung für die nächsten
111 zwei Jahre ziemlich dramatisch. Vor allem, da alle Studien und auch in allen
112 politischen Sonntagsreden immer darauf hingewiesen wird, wie wichtig
113 Schulsozialarbeit ist. Besonders vor dem Hintergrund, dass es bisher
114 Schulsozialarbeit nur für jede zweite Schule in Thüringen gibt, braucht es mehr
115 Geld des Landes zum Ausbau der Schulsozialarbeit.

116 Darüber hinaus fordern wir die Schaffung neuer Stellen im Thüringer
117 Studierendenwerk, um die derzeitigen jahrelangen Wartezeiten auf die Bewilligung
118 oder Ablehnung eines Bafög-Bescheids zu beenden. Wir fordern die SPD-Fraktion
119 auf, sich dafür vehement einzusetzen.

120 **Abschiebehaft - ein Prestigeprojekt ohne Nutzen**

121 Die Brombeerregierung hat sich die Einrichtung einer eigenen
122 Abschiebehaftanstalt zu ihrem zweifelhaften Prestigeprojekt gemacht. Als Jusos
123 lehnen wir Abschiebehafteinrichtungen grundsätzlich ab. Dazu kommt, dass
124 angesichts des rückläufigen und sowieso schon bundesweit verhältnismäßig
125 geringen Migrationsaufkommens die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung
126 insgesamt in Frage steht. Doch nun werden 1,8 Mio. Euro jährlich für diese
127 Einrichtung verschwendet, anstatt - wie es die vorangegangenen Landesregierungen
128 getan haben - für deutlich weniger Geld Plätze in anderen Bundesländern
129 anzumieten. Es handelt sich hierbei ausschließlich um populistische
130 Schaufensterpolitik, die keinen Mehrwert bietet.

131 **Ankerzentren statt Integration**

132 Neben der Schaffung einer Abschiebehaftanstalt hat die Brombeer-Regierung es
133 sich zur Aufgabe gemacht, die Thüringer Erstaufnahmeeinrichtungen zu faktischen
134 Ankerzentren auszubauen. Dies kostet uns im nächsten Jahr 10 Mio. Euro und 2027
135 sogar 20 Mio. Euro. Zusätzlich dazu fallen für die Bewirtschaftung und Anmietung
136 dieser neuen Gebäude über 100 Mio. Euro für die nächsten zehn Jahre an. Das ist
137 nicht weniger als aberwitzig, da sich zum Beispiel die derzeitige Einrichtung in
138 Eisenberg in Landesbesitz befindet und erst im Jahr 2024 4,8 Mio. Euro für eine
139 Erweiterung ausgegeben wurden. Damit das menschenfeindliche Asylsystem ausgebaut
140 werden kann, fehlen die Gelder, um in Projekte zu investieren, die ein gutes
141 Ankommen für Geflüchtete in Thüringen und eine nachhaltige Integration
142 ermöglichen. Deshalb plant die Landesregierung Kürzungen in der Sozialberatung
143 und bei Integrationsprojekten in Höhe von sechs Mio. Euro. Damit verkennt die
144 Brombeer-Koalition die Notwendigkeit von Integration in den Freistaat, die sich
145 vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der immer weniger werdenden
146 Bevölkerung in Thüringen weiter verschärft. Es braucht junge Menschen in
147 Thüringen, und Migration ist dafür ein Mittel. Wenn die Landesregierung ihren
148 Kurs aber beibehält, dann sieht die Zukunft des Freistaats wortwörtlich alt aus.

149 Gleichzeitig setzt die Brombeere somit ohne Not AfD-Politik um und liefert den
150 Faschist:innen Auftrieb. Dabei war es doch einst einmal das Ziel und Zweck der
151 Regierung, eine Koalition zu bilden, um die AfD von den Hebeln der Macht
152 fernzuhalten. Dieser Aufgabe muss die Koalition nachkommen, ansonsten stellt
153 sich die Frage nach der Grundlage der Regierung.

154 Wir fordern insbesondere die SPD-Landtagsfraktion und die Minister:innen der SPD
155 in der Landesregierung dazu auf, sich gegen diese Pläne auszusprechen.

156 **SPD muss rote Linien ziehen!**

157 Dieser Haushaltsentwurf enthält viele Punkte, die die SPD Thüringen nicht
158 mittragen kann und darf. Gleichzeitig fehlt die deutliche Spur eines
159 sozialdemokratischen Stempels in diesem Haushalt. Die mit dem Doppelhaushalt
160 vorgezeichnete politische Schlagrichtung und die offenbarten
161 Schwerpunktsetzungen lehnen wir Jusos Thüringen ab und erwarten von der SPD-
162 Fraktion deutliche Nachbesserungen. Wir sind uns der Schwierigkeiten der
163 Kompromissfindung in Haushaltsverhandlungen, insbesondere mit diesen beiden
164 Koalitionspartnern, bewusst. Dennoch appellieren wir an die SPD-Fraktion im
165 Landtag, sich gemeinsam mit der Fraktion der Linken als einziger demokratischer
166 Oppositionsfraktion im Thüringer Landtag für die Stärkung sozialpolitischer und
167 gemeinwohlorientierter Projekte einzusetzen. Es darf kein weiteres Geld für
168 sinnlose populistische Prestigeprojekte geben! Das Geld muss dort ausgegeben
169 werden, wo es wirklich gebraucht wird: für Projekte, die das Leben der
170 Thüringer:innen tatsächlich verbessern.

171 Wir fordern die SPD-Fraktion dazu auf, auf die Linke zuzugehen und gemeinsam für
172 einen Haushalt mit deutlicher sozialer Handschrift zu kämpfen. Nicht nur, weil
173 das gebraucht wird, sondern auch, weil nur das der Weg sein kann, um
174 sicherzustellen, dass der Haushalt die benötigte Mehrheit unter den
175 demokratischen Fraktionen im Landtag findet. Eine Verabschiedung des Haushalts
176 mit den Stimmen der faschistischen AfD darf es nicht geben - das einzuhalten,
177 muss zu jedem Zeitpunkt sichergestellt werden. Sollte es doch dazu kommen, muss
178 das zur Konsequenz haben, dass die SPD die Koalition unverzüglich verlässt.